

Anfrage zum Positionspapier Gedenkstättenverband Deutschland

From Marianne Schieder MdB

To info@gedenkstaettenverband.de

Date 10.08.2021 09:52

Sehr geehrte Frau John-Stucke,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und Ihre nochmalige Erinnerung vom 03.08.2021. Gerne übersende ich Ihnen (fristgerecht) meine Einschätzung zu Ihren Forderungen.

Zunächst kann ich betonen, dass ich mich zusammen mit der SPD Bundestagsfraktion seit vielen Jahren für eine Stärkung unserer Gedenkstätten eingesetzt habe und auch Verbesserungen erreicht werden konnten. Dennoch muss an dieser Stelle weiter gearbeitet werden und dafür gekämpft werden, dass das Gedenken und Erinnern einen noch wichtigeren Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommt.

Ich stimme Ihnen vollends zu, wenn Sie sagen, dass gerade heute dieser Erinnerungsarbeit eine immer wichtigere, vielleicht die wichtigste Bedeutung zukommt, was die Vermittlung von Demokratie betrifft.

In einer Zeit, in der von zu vielen Bürgerinnen und Bürgern die Demokratie, das „System“ und die grundsätzliche Möglichkeit einer demokratischen Partizipation mehr und mehr in Frage gestellt wird, können Gedenkstätten und erinnerungspolitische Fragestellungen wichtige „Anker der Demokratie“ sein.

Sie mahnen uns nämlich, darauf aufzupassen, dass sich Hass, Hetze und Diskriminierung von Minderheiten nie wieder wiederholen und zeigen auf, dass eine funktionierende Demokratie keine Selbstverständlichkeit war und ist.

Darüber hinaus steht unsere Erinnerungskultur vor großen Herausforderungen und Veränderungen, da viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen nach und nach nicht mehr für authentische und persönliche Schilderungen ihrer Erlebnisse zur Verfügung stehen werden. Deshalb müssen kluge und durchdachte Konzepte etwa in der Heranziehung von sog. „Zweitzeugen“ umgesetzt werden.

Zu Ihren konkreten drei Forderungen teile ich Ihnen folgendes mit: Selbstverständlich machen eine Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes und eine brauchbare Evaluation nach 13 Jahren Sinn. Gleichwohl muss sehr darauf geachtet werden, dass dabei die NS-Gedenkstättenarbeit nicht das Nachsehen gegenüber den Bemühungen die SED-Diktatur und die leidvollen Folgen des kommunistischen Systems aufzuarbeiten, bekommt.

So sehr ich das Anliegen vieler dezentraler Gedenkstätten verstehe, muss ich darauf hinweisen, dass die Kulturhoheit bei den Ländern liegt und Gedenkstätten nur bei bundesweiter Bedeutung eine institutionelle Förderung des Bundes erhalten können. Ansonsten kann der Bund nur über Projektfördermittel (wie auch derzeit) tätig werden.

Das Programm „Jugend erinnert“ wurde von der SPD und vor allem von mir persönlich stets unterstützt und im Ergebnis auf den Weg gebracht. Die SPD steht zur Fortschreibung, ja sogar zu einer Erhöhung der Fördermittel, da wir um die grundsätzliche Bedeutung des Programms wissen.

Die Stärkung der bundesweiten Kooperations- und Vernetzungsstrukturen und auch die Weiterentwicklung des Gedenkstättenreferats in der Stiftung Topographie des Terrors wurde von der SPD-Bundestagsfraktion bei jeder Haushaltsverhandlung mit Nachdruck gefordert, ist aber immer am Widerstand des „Apparats“ bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gescheitert. Deshalb geht es im Rahmen einer Weichenstellung für die kommenden Jahre und bei der Frage, welche Regierung unser Land künftig führen wird auch darum, welche Schwerpunkte künftig auf der Kulturarbeit des Bundes liegen.

Ich hoffe, Ihre Forderungen umfassend beantwortet zu haben, stehe aber gerne bei Rückfragen zur Verfügung.

In jedem Fall freue ich mich auf einen weiteren konstruktiven Austausch.

Beste Grüße

Marianne Schieder

Büro Marianne Schieder, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. (030)227-72267

Fax (030)227-76268